



# BürgerInnenbrief

1. August 2011

**DIE LINKE.** Fraktion in der  
Hamburgischen Bürgerschaft

Elbphilharmonie +++ HSH +++ Arbeitsmarkt +++ Pferderennbahn +++ Stadtteilhaus Horn +++ Kultur: Kahlschlag?

## Elbphilharmonie: Fass ohne Boden



Früher sagte man zu den in Gaststätten aufgehängten Spielautomaten »Groschengrab«. Während dort Menschen ihr Kleingeld versenkten, handelt es sich bei dem Hamburger Vorzeigeprojekt Elbphilharmonie um die Versenkung von Steuergeldern in gigantischem Ausmaß. Man darf zudem davon sprechen, dass sie mittlerweile ein »Fass ohne Boden« ist. Denn inzwischen sind viele Millionen Euro zusätzlich in der Elbphilharmonie und deren Planung verbaut worden, ein Ende der Mehrkosten ist genauso wenig in Sicht wie ein seriöser Eröffnungstermin.

Seit Monaten drücken sich Senat und Projektverantwortliche der Elbphilharmonie darum, konkrete Zahlen zur Bauzeitverlängerung zu nennen. Sie ergehen sich stattdessen in Andeutungen. Auf eine Anfrage des Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE Norbert Hackbusch musste der Senat nun eingestehen, dass sich der mögliche Termin der Fertigstellung erneut um ein weiteres halbes Jahr verzögern soll. Als Datum für die Gesamtübergabe wird neuerdings der 15. April 2014 genannt – die letzte Wasserstandsmeldung vom März 2011 nannte den 31. November 2013.

Das »neue« Datum für die Gesamtübergabe liegt exakt 865 Tage, das heißt zwei Jahre und viereinhalb Monate später, als mit dem Nachtrag 4 im Dezember 2008 vereinbart. Und auch dies ist offenbar wieder nur ein Zwischenstand, dem der Senat nicht traut. Bis zum heutigen Tag wurden die Vertragstermine um 150 Tage überschritten, und die Uhr tickt weiter. Bei der vertraglich geregelten Vertragsstrafe von 200.000 Euro pro Tag wären bereits jetzt 30 Millionen Euro fällig. Bis zur Eröffnung summiert sich diese rechnerisch auf 173 Mio. Euro (865 x 200.000 Euro). Der Generalunternehmer HOCHTIEF kann sich freuen, dass die Vertragsstrafe bei 38 Mio. Euro gedeckelt wurde.

Für die Stadt hingegen ist das ein Desaster. Die komplette Bausumme war ursprünglich mit 186 Millionen Euro angesetzt worden, davon sollten 77 Millionen Euro auf die Freie und Hansestadt Hamburg entfallen. Mittlerweile liegt der Anteil der Stadt bei mindestens 323 Millionen Euro, die geplante Gesamtsumme beläuft sich auf mehr als eine halbe Milliarde Euro. Über eine Reihe von Verzögerungen mit entsprechenden Kosten gibt es sowohl ein Klageverfahren als auch parallel Schlichtungsverhandlungen.

Es ist logisch, dass aufgrund der erneuten Verzögerung auch die Baukosten weiter ansteigen werden. Wer letztlich dafür aufkommen muss, ist ebenfalls strittig. Der HOCHTIEF-Konzern jedenfalls deutet eine solche Kostensteigerung bereits mit folgenden Worten an: »Wenn Termine unsicher sind, sind auch Kosten unsicher.«

Wie nicht anders zu erwarten, sieht sich der Baukonzern völlig unschuldig an der permanenten Zeitverzögerung und der damit zwangsläufig einhergehenden Kostenspirale. Als Begründung für die erneute Zeitverzögerung nannte ein Konzernsprecher »ungeklärte technische Fragestellungen und Entscheidungen des Bauherrn, die wir immer wieder einfordern«. Der Terminplan sei immer so sicher, wie die Entscheidungen des Bauherrn und somit Hamburgs sicher seien. Die für den Bauherrn Hamburg zuständige Kulturbehörde dage-

gen sieht die neue Terminverschiebung als weiteren Versuch von HOCHTIEF, »die Stadt unter Druck zu setzen«.

Anfang Juli 2011 hatte Hamburg den Konzern im Rahmen eines Feststellungsverfahrens verklagt. Diese Klage soll formal den verbindlichen Fertigstellungstermin klären, der bisher auf den 30. November 2011 festgesetzt war. Eine solche Terminfeststellung wäre entscheidend für die Berechnung von Vertragsstrafen.

Dem SPD-Senat war das neue, von HOCHTIEF genannte Datum spätestens seit Ende Mai bekannt, er hat ihn aber der Öffentlichkeit nicht mitgeteilt. Öffentlichkeit, Transparenz, klare Ansagen und aktuelle Informationen zum Stand der Dinge im Projekt Elbphilharmonie werden aber von den Menschen der Stadt mit Blick auf die bereits jetzt entstehenden und auch die noch auf sie zukommenden Belastungen erwartet. Der neue Senat sollte nicht in die Gewohnheit der Vorgänger verfallen, das Projekt mit Schönrechnerei und Vernebelung abzuschirmen.

Denn es zeigt sich einmal mehr: Das Vertragswerk von »Nachtrag 4«, das ja alle Probleme heilen sollte, hält nicht, was es versprochen hat. Auch der dort aufgestellte Terminplan mit seinen »pönalisierten« (das heißt ggf. mit Strafen sanktionierten) Daten erweist sich – zumindest juristisch – als Auslegungssache mit vielen Schlupflöchern. Die Stadt hat offenbar keine Handhabe geschaffen, HOCHTIEF und Adamanta (diese Grundstücksgesellschaft mit Sitz in Düsseldorf und im Besitz der Commerzbank betreibt die Projektgesellschaft unter Leitung von HOCHTIEF) effektiv zur Einhaltung der genannten Termine zu zwingen. Wann die Elbphilharmonie eröffnet wird, steht deshalb auch weiterhin in den Sternen. Und was uns die Elbphilharmonie schließlich kosten wird, entscheiden offenbar die Gerichte.

Diese Unsicherheit ist auch eine Zumutung für die Künstler, die später in dem Konzerthaus auftreten sollen. Verträge aller Art hängen nach wie vor in der Schwebe. Selbst unter der Voraussetzung, dass die Elbphilharmonie im April 2014

## Kurzanalysen & Kommentare Dokumente & Termine

Aktuelle Positionsbestimmungen, Stellungnahmen, Kommentare, Pressemitteilungen, Hinweise auf Veranstaltungen und andere Termine auf meiner Internetseite

<http://joachimbischoff.de>

Auch alle bisher erschienenen BürgerInnenbriefe können als pdf-Dateien heruntergeladen werden.

Wer aktuell informiert sein möchte, sollte lieber einmal mehr vorbeischaun!

The screenshot shows the website of Dr. Joachim Bischoff, a member of the Hamburg City Council. The main content area features a news article titled "Die „GagLab“ in öffentliche Hand!" published on April 21, 2011. The article text discusses the "GagLab" project and mentions that it is being taken over by the city. The sidebar on the right contains navigation links such as "Alle Beiträge", "Die Themen", and "Die Links in Hamburg".

fertiggestellt sein sollte, könnten frühestens Ende 2014 Aufführungen und Konzerte stattfinden. Die Elbphilharmonie soll ein Publikumsmagnet werden, der Kulturtouristen aus der ganzen Welt anzieht. Der Senat teilte schon 2007 mit, den Kulturtourismus in Hamburg stärken zu wollen.

Hierzu gibt es eine Vielzahl an Pauschalangeboten sowie die entsprechenden Marketingprodukte wie beispielsweise Broschüren und Messeauftritte. Neben der Bekanntheit Hamburgs als »Musicalhauptstadt Deutschlands« sollte durch die Elbphilharmonie der Klassiksektor aufgewertet werden. Im Marketingplan 2010-2015 der Hamburg Tourismus GmbH findet sich die Idee, das touristische Themenjahr 2012 unter das Motto »Wahrzeichen Elbphilharmonie« zu stellen. Zwar finden bereits hochkarätige Konzerte im Rahmen der »Elbphilharmonie Konzerte« statt (zum Teil medienwirksam auf der

Baustelle inszeniert), dennoch weist die Hamburg Tourismus GmbH im Bereich »Kultur-Welt« zur Zeit vornehmlich (Pauschal-)Angebote aus dem Bereich Musical aus – von einer Aufwertung der Klassik insgesamt ist wenig zu spüren.

Die Machbarkeitsstudie aus dem Jahre 2005 rechnete mit einem jährlichen Defizit für die Bespielung des Konzerthauses in Höhe von circa 3,6 Millionen Euro pro Jahr, von denen 1,1 Millionen Euro durch Sponsoring abgedeckt werden sollten. Daraus ergab sich ein städtischer Deckungsbeitrag von ca. 2,5 Millionen Euro. Auch hier werden letztlich im Jahr 2014 höhere jährliche Zuschüsse notwendig werden. Selbst wenn der neue Eröffnungstermin noch nicht als sicher gelten kann, eines ist sicher: Angesichts der klammen öffentlichen Finanzen wird uns das Leuchtturmprojekt an der Elbe noch viel Aufregung bescheren.

## Goldener Fallschirm für Nonnenmacher?



Im letzten Bürgerbrief berichteten wir unter der Überschrift »HSH im Stresstest und eine Bilanzfälschung« bereits über den am 8.9.2010 über die HSH Nordbank verhängten Bußgeldbescheid der Finanzaufsicht BaFin. Bei dieser Strafzahlung über 50.000 Euro, die die Bank sofort, stillschweigend und ohne Einlegung von normalerweise endlos zelebrierten Rechtsmitteln beglich, ging es der Sache nach um die in den Jahren 2007ff. getätigten Omega-Deals 52 und 55. In dem Bescheid sprach die BaFin von Hinweisen auf bewusste Täuschung, reduzierte den Vorwurf jedoch auf Fahrlässigkeit.

Wir hatten die Hoffnung geäußert, dass nach dieser »Steilvorlage« der BaFin endlich Bewegung in die Strafermittlungen gegen die ehemaligen Vorstände kommt und die Verfahren eröffnet werden. Jetzt wird es wohl ernst werden für die Ex-Vorstände der HSH Nordbank: Die Staatsanwaltschaft will gegen

sie Anklage wegen Untreue erheben. Dem früheren HSH-Chef Dirk Jens Nonnenmacher droht außerdem eine Anklage wegen Falschdarstellung der Unternehmensverhältnisse. »Wir beabsichtigen, in der zweiten Jahreshälfte die Ermittlungen abzuschließen«, sagte Wilhelm Möllers, Sprecher der Staatsanwaltschaft. Über die Art des Abschlusses machte er aber keine Angaben. Dass Anklage erhoben wird, wollte er nicht bestätigen: »Das Ermittlungsverfahren ist noch nicht abgeschlossen.«

Wenn das der Fall ist, wäre der Weg für die Anklage gegen die für das Desaster verantwortlichen Vorstände geebnet. Die Behörde ermittelt schon seit mehr als zwei Jahren gegen Verantwortliche des mehrheitlich den Ländern Hamburg und Schleswig-Holstein gehörenden Instituts wegen Verdachts der Untreue und der Bilanzfälschung. Laut »Spiegel« sollen



nun alle im Dezember 2007 amtierenden Vorstände der HSH Nordbank wegen Untreue angeklagt werden.

Dubiose Finanzmarktgeschäfte brachten die HSH Nordbank an den Rand des Ruins, nur durch Kapitaleinschüsse und Garantien der Länder Hamburg und Schleswig-Holstein konnte die Bank vor dem Untergang bewahrt werden. Milliarden an öffentlichen Geldern mussten zur Rettung in die Bank gepumpt werden, zusätzliche Garantien der beiden Länder über 10 Milliarden Euro sowie des Bundes über 30 Milliarden Euro mussten darüber hinaus für die HSH bereitgestellt werden.

Auf Initiative eines Anwaltes wurden Ermittlungen gegen Nonnenmacher und fünf weitere verantwortliche Vorstände aufgenommen. Gegen die direkt verantwortlichen Banker (Nonnenmacher als Ex-Bankchef und Friedrich als Ex-Kapitalmarktvorstand) wird darüber hinaus wegen Bilanzfälschung und Falschdarstellung der Unternehmensverhältnisse ermittelt. Auf Druck der Eigentümer Hamburg und Schleswig-Holstein musste Nonnenmacher im März 2011 seinen Chefessel räumen. Ausdrücklich hatten die Eigentümer den Aufsichtsrat der Bank damit beauftragt, den Aufhebungsvertrag für Nonnenmacher derart zu gestalten, dass Nonnenmacher im Falle einer Verurteilung aus den Straftatvorwürfen deutliche Einbußen bei seiner Abfindung hinnehmen muss.

Nun ist bekannt geworden, dass der Aufsichtsratsvorsitzende Hilmar Kopper dem Ex-Bankchef einen goldenen Fallschirm geschneidert hat. Kommt es jetzt zur Anklage, dürfte dieser die vereinnahmten riesigen Abfindungssummen wohl behalten dürfen. Sein von Kopper unterzeichneter Aufhebungsvertrag räume dem Banker Privilegien im Wert von mehreren Millionen Euro ein, heißt es im »Spiegel«, der auch

die folgende Passage aus dem Vertrag zitiert: »Es wird klarstellend festgehalten, dass die Tatsache einer etwaigen künftigen Anklageerhebung durch die Staatsanwaltschaft gegen Prof. Dr. Nonnenmacher für sich genommen die Gesellschaft nicht zur Rückforderung der Leistungen berechtigt.« Innerhalb von zwei Jahren müssten neue Erkenntnisse vorliegen, ausdrücklich ausgeschlossen seien laut Vertrag alle Feststellungen, die bereits bei Erstellung des internen Freshfields-Gutachtens vorgelegen hätten.

Nonnenmacher wurde eine Abfindung von fast sieben Millionen Euro genehmigt, die Auflage der Eigentümer ist grob missachtet worden und man muss sich wirklich fragen, was sich Bankverantwortliche noch alles herausnehmen dürfen.

Zudem kommen immer neue dubiose Transaktionen dieser »Spitzenbanker« ans Tageslicht. Erst in der letzten Woche ist bekannt geworden, dass sich die HSH Nordbank über ihre New Yorker Niederlassung noch kurz vor ihrer Schieflage 3,7 Milliarden Euro (5,25 Milliarden US-Dollar) bei der US-Zentralbank Fed geliehen hatte. Die New Yorker HSH nahm davon über 2 Milliarden Dollar am 27. März 2008 erstmals in Anspruch, zu einem Zeitpunkt, als die Hütte längst brannte, Eigentümer, Teile des Aufsichtsrates und wohl auch die BaFin jedoch vom Vorstand der Bank über die drohende Schieflage immer noch im Unklaren gelassen wurde. Eine Liquiditätsbeschaffung bei der US-Fed ist grundsätzlich für ein deutsches Kreditinstitut höchst ungewöhnlich, keine andere Bank hat sich derart viel Geld von der US-Zentralbank geliehen. Erst am 8. November 2008, einen Tag, nachdem bekannt wurde, dass die HSH Nordbank zur Rettung eine SoFFin-Garantie über 30 Milliarden beantragt hatte, wurde die letzte Tranche des in Anspruch genommenen Fed-Kredites zurückgezahlt.

## Veranstaltungs-Tipps und Hinweise

Am Mittwoch, den **3.8.** um **18:30 Uhr** führt der VSA: Autor Gerd Riehm (»Wie kann man hier bloß wohnen?«) durch **das alte und geplante Altona** (»Altonas neue Mitte«). Der Rundgang im Rahmen des »Draußen-Jour Fixe« der Hamburger Gewerkschaftslinken dauert ca. zwei Stunden und beginnt am S-Bahnhof Holstenstraße, Ausgang Stresemannstraße (Buslinien 3, 20, 25, 283).

Am Sonntag, den **14.8.** lesen um **12:00 Uhr** in der Galerie der Schlumper (Neuer Kamp 30, U Feldstraße), Hanna Mittelstädt und Katharina Picandet (beide Edition Nautilus) aus Elisabeth Filhols Bestseller-Roman **Der Reaktor. Leiharbeit in der Atomindustrie**. Der Eintritt ist frei.

Vom **19. bis 21.8.** findet in Elgersburg/Thüringen ein Seminar zum Thema **Der heutige Blick auf die DDR** mit Prof. Günter Benser, Autor des Buches »DDR – gedenkt ihrer mit Nachsicht«, statt. Die Teilnahme ist kostenlos. InteressentInnen sollten sich rasch anmelden [polbil@die-linke.de oder 030/24009-342], denn Anmeldeschluss war der 31. Juli 2011.

**19.–21.8.**, Else-Rauch-Platz, Eimsbüttel: das schon legendäre **Methfesselfest**. Das Initiativen- und Mitmachfest lockt mit Kultur und Politik. Am **21.8.** diskutieren von **12:00 bis 13:30 Uhr** Senatorin Jutta Blankau, ein BUND-Vertreter und Heike Sudmann über **Wohnungsbau und Umweltpolitik** – moderiert von Burkhard Plemper. Das Gesamtprogramm gibts unter <http://methfesselfest.de>

## Beruhigung am Arbeitsmarkt?



Die Bundesagentur für Arbeit Hamburg-Mitte in der Adenauerallee

Die gute wirtschaftliche Entwicklung hat die Arbeitslosigkeit in Hamburg gegenüber dem Vorjahr nicht weiter anwachsen lassen. Im Juli dieses Jahres waren 74.545 Hamburger arbeitslos gemeldet, das sind zwar 2.635 oder 3,7% mehr als im Monat zuvor. Aber gegenüber dem Vorjahr ergibt sich ein minimaler Rückgang um 181 Arbeitslose oder 0,2%. Die Arbeitslosenquote beträgt 8,0% gegenüber 7,7% im Juni und 8,1% im Vorjahr. Der Anstieg entspricht der üblichen Entwicklung im Sommer.

Allerdings hat sich das Tempo beim Beschäftigungszuwachs wie beim Abbau der Arbeitslosigkeit deutlich verlangsamt, weil die Konjunktur an Schwung verliert. Bedenklich ist zudem, dass die Arbeitslosigkeit über Bundesdurchschnitt (6,%) liegt, und das besonders bei den 15-bis 24-Jährigen. Neuerdings hinkt die Stadt zudem beim Aufbau sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungsverhältnisse im Ländervergleich mehr und mehr hinterher. Im Vergleich zum Vorjahr gibt es nach den aktuellen Arbeitsmarktdaten von Juli eine gegenläufige Entwicklung: weiterhin Zunahme der Arbeitslosigkeit im Jobcenter bei einer Abnahme in der Arbeitsagentur. Die Langzeiterwerbslosen sind mit 53.776 Betroffenen gegenüber dem Vorjahr erneut um 6,2% kräftig angestiegen, die Zahl der Kurzarbeitslosen lag bei 20.769. In fünf Bundesländern wurden im Juli 2011 bei den Empfängern von Arbeitslosenhilfe nach Sozialgesetzbuch (SGB) II (Hartz IV) mehr Arbeitslose registriert als im Juli 2010: Hamburg (+6,2%), Me-

cklenburg-Vorpommern (+4,4%), Brandenburg (+2,8%), Berlin (+2,5%) und Schleswig-Holstein (+1,5%).

Die Gesamtzahl von 74.545 Arbeitslosen gliedert sich in folgende Unterkategorien:

- 39.589 (53,1%) ohne abgeschlossene Berufsausbildung
- 5.748 (7,7%) Jugendliche von 15 bis unter 25 Jahre
- 3.765 (5,1%) schwerbehindert
- 19.144 (25,7%) 50 Jahre und älter
- 19.791 (26,5%) langzeitarbeitslos

Von den 20.769 Empfängern von Arbeitslosengeld nach SGB III sind

- 5.292 (25,4%) ohne abgeschlossene Berufsausbildung
- 2.661 (12,8%) Jugendliche von 15 bis unter 25 Jahre
- 1.174 (5,7%) schwerbehindert
- 6.162 (29,7%) 50 Jahre und älter
- 2.427 (11,7%) langzeitarbeitslos

Von den 53.776 Arbeitslosen nach SGB II wiederum sind

- 34.297 (63,8%) ohne abgeschlossene Berufsausbildung
- 3.087 (5,7%) Jugendliche von 15 bis unter 25 Jahre
- 2.591 (4,8%) schwerbehindert
- 12.982 (24,1%) 50 Jahre und älter
- 17.364 (32,3%) langzeitarbeitslos.

Die Strukturprobleme des Hamburger Arbeitsmarkts sind unübersehbar. Vor allem die Tatsache, dass Hamburg bei der Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze hinterherhinkt und die Langzeiterwerbslosigkeit seit geraumer Zeit sogar wieder



steigt, signalisiert dringenden arbeitsmarktpolitischen Handlungsbedarf. Die bisherige Arbeitsmarktpolitik hat diese Tendenzen wesentlich mit verstärkt. Die von der Bundesregierung auf den Weg gebrachten drastischen Kürzungen bei den arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen sind von der Bundesagentur für Arbeit in »vorausgehendem Gehorsam« in den letzten Monaten teils schon praktisch umgesetzt worden. So überweist die BA der Arge in diesem Jahr 50 Mio. Euro weniger für Eingliederungsmaßnahmen als noch im Jahr 2010. Der Effekt in einer Situation, in der gerade Langzeiterwerbslose dringend darauf angewiesen sind: deutlich weniger Maßnahmen zur Aktivierung und beruflichen Eingliederung, drastisches ersatzloses Herunterfahren der Beschäftigungsförderung in allen ihren z.T. auch durchaus problematischen Formen.

Die vorgesehenen Einsparungen bezeichnete Senator Detlef Scheele als einen »Kahlschlag bei den Arbeitslosen«. Dadurch zerstöre die Bundesregierung alle Chancen für Arbeitslose und Langzeitarbeitslose, im aktuellen wirtschaftlichen Aufschwung wieder auf dem Arbeitsmarkt Fuß zu fassen. Die Alternative ist eindeutig: Wir brauchen neben der Förderung und Qualifikation von Arbeitslosen und Langzeitarbeitslosen einen lückenlosen Übergang von der Schule in Ausbildung und Arbeit, hohe Erwerbstätigkeit von Frauen, den Erhalt des Know-Hows älterer Beschäftigter und die Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse von Migranten. »Sich diesen Herausforderungen zu stellen, hat die Bundesregierung versäumt!«, so der Senator. Mal sehen, was der Hamburger Senat in dieser Konstellation tut.

## Pferderennbahn: Rotstift verlegt?

von Lukas Goetsche



Nachdem Bürgermeister Scholz die Doppelrennbahn in Horn wieder auf den Senatstisch brachte und zur Chefsache erklärte, wie im letzten BürgerInnenbrief berichtet, wollte die Fraktion der LINKEN die Überlegungen zu diesem Projekt erfahren und fragte mit einer Kleinen Anfrage nach. Die Antworten des Senats liegen jetzt vor: Die Rennbahn kommt Hamburg noch teurer zu stehen als bislang bekannt. Neben den Planungskosten für den Umbau zur Doppelrennbahn frisst auch der »Normalbetrieb« enorme Summen.

Die Planungskosten erhöhten sich seit der Beerdigung des Projekts um weitere 148.469,78 Euro für Personalkosten und betriebswirtschaftliche und technische Beratung auf insgesamt 676.387,39 Euro. Doch das Hobby der Darboven-Clique frisst auch ohne die Umbaupläne seit Jahren horrenden Summen: Die beiden Betreiber der Pferde-Rennbahnen, HTZ und HRC, bekamen in den letzten zweieinhalb Jahren rund 6,4 Mio. Euro Unterstützungen und Subventionen.

Die Rennvereine erhalten 96% des Aufkommens aus der Totalisatorsteuer zur Durchführung der öffentlichen Leistungsprüfungen für Pferde (§ 16 Rennwett- und Lotteriegesezt). Der Anteil der Rennvereine betrug im Jahr 2009 2.134.977,62 Euro, im Jahr 2010: 2.024.747,56 Euro und im ersten Halbjahr 2011 bislang insgesamt 584.731,40 Euro (die Ergebnisse des Galopp-Derbys 2011 liegen noch nicht vor).

Der Hamburger Renn-Club e.V. (HRC) erhielt im angegebenen Zeitraum Zuwendungen für die Durchführung der Veranstaltung »Galopp-Derby«, und zwar im Jahr 2009 400.000 Euro, im Jahr 2010 395.000 Euro und bisher im Jahr 2011 200.000 Euro. Für die Geläufpflege werden jährlich 90.000 Euro, für die Verkehrssicherungspflichten des Grundeigentümers jährlich 60.000 Euro aufgewendet.

**Lukas Goetsche** ist Praktikant bei der Fraktion DIE LINKE in der Hamburgischen Bürgerschaft.

Das Hamburger Trab-Zentrum e.V. (HTZ) erhielt an Zuwendungen zur Sicherung der Leistungsprüfungen im Trabrennsport im Jahr 2009 375.000 Euro und im Jahr 2010 325.000 Euro. Darüber hinaus beteiligte sich die Freie und Hansestadt Hamburg im Jahr 2009 mit 224.000 Euro an der Bahnsanierung und im Jahr 2010 mit 20.000 Euro an der Sanierung des Tribünendachs. In der ersten Jahreshälfte 2011 wurden keine Zahlungen geleistet.

Der Anteil in Höhe von 96% des Aufkommens aus der Totalisatorsteuer soll den Rennvereinen auch weiterhin zufließen. Diese Steuerverwendung und die erheblichen Unterstützungen fallen dem Rotstift des Sparkommissars Scholz offenbar nicht zum Opfer. Es ist die alte Crux. Die überlieferten Strukturen werden nicht in Frage gestellt.

Für einen Bruchteil der Ressourcen für den Millionärssport könnte man – um nur ein Beispiel zu nennen – im Stadtteil Allermöhe, einem kinderreichen Quartier mit etlichen sozialen Problemen, die Sportangebote massiv ausbauen, indem man etwa sinnvolle Aktivitäten des Sportvereins Allermöhe e.V. unterstützt. Der SV Allermöhe wurde gegründet, um das Sport-

angebot der Gretel Bergman Gesamtschule Allermöhe in materieller und personeller Hinsicht zu erweitern. Er richtet jährlich Sportangebote für die Schule aus, veranstaltet Turniere und Aktionstage und ergänzt somit das schulische Angebot. Er bietet unter anderem Standardtanz für Schulabgänger, Karate, Selbstverteidigung, Mountainbiking sowie diverse weitere Tanzkurse an. Die teilnehmenden Kinder (derzeit ca. 150) werden für ein Halbjahr Mitglied im Verein, die Mitgliedschaft endet jeweils mit dem Ende des laufenden Schuljahres. Außerdem beteiligt sich der SV Allermöhe aktiv an der Stadtteilarbeit mit offenen Angeboten, veranstaltet unter anderem das Stadtteilturnier »Ein Stadtteil spielt zusammen« und organisiert Aktionen zum Tag der Integration.

Will man die Mittel im direkt betroffenen Horn halten, könnten sie auch in ein sinnvolles Konzept für das Horner Bürgerhaus gesteckt werden, um für das Wohl dieses Stadtteils nicht auf profitorientierte Privatförderer angewiesen zu sein. Das ein solches Konzept dringend erforderlich ist und nur mit gehörigem Druck durchzusetzen sein wird, ist im nachfolgenden Beitrag nachzulesen.

## »Horner Freiheit« – für wen und wie lange?

Das Stadtteilhaus Horn zeigt: BürgerInnenbeteiligung sieht anders aus!



Das geplante Stadtteilhaus im Internet

Braucht Hamburg-Horn ein Stadtteilhaus? Das wird wohl kaum jemand bestreiten. Denn trotz der städtischen Bemühungen, den Entwicklungsraum »Billstedt-Horn gemeinsam vorn« zu sehen, fehlt dem in mancherlei Hinsicht benachteiligten Stadtteil nach wie vor eine lebendige Mitte. Im Sommer 2011 sollte nun endlich das parteiübergreifend unterstützte Stadtteilzentrum »in trockenen Tüchern« sein: Noch 2010 war wiederholt behauptet worden, dass ein solches Projekt dann eine besonders gute Realisierungschance hätte, wenn die Bevölkerung zugleich die millionenschweren Pläne für die Umgestaltung der Horner Pferderennbahn zur Doppel- oder Kombibahn akzeptieren würde. Dieses Projekt wurde jedoch im Juni 2010 vom damaligen Ersten Bürgermeister Ole von Beust aus Kostengründen erst einmal verworfen, die Planungen für ein Stadtteilhaus dagegen gingen weiter.

Auf einer Informationsveranstaltung am 7. Juli 2011 wurde nun der »Entwicklungsstand« präsentiert. Nach der Einfüh-

rung von Michael Mathe, Amtsleiter des Fachamtes Stadt- und Landschaftsplanung, berichtete Michael Mentz von Arbeit und Leben Hamburg e.V./Billenetz über die zukünftigen Nutzungsstrukturen. Anschließend stellte Ronald Knaack vom Büro Knaack & Prell Architekten den aktuellen Stand des baulichen Entwurfs vor.

Zudem wurden die Gewinner des öffentlichen Namenswettbewerbs zum Stadtteilhaus bekannt gegeben. Eine Jury, zusammengesetzt aus Mitgliedern der Bezirksversammlung Hamburg-Mitte, Vertretern der im bzw. derzeit noch für das Stadtteilhaus aktiven Einrichtungen, des Fachamtes Stadt- und Landschaftsplanung und des Bauherren sowie des Büros für Öffentlichkeitsarbeit hatten am 5. Juli die Gewinner ermittelt. Der von einem unserer Genossen eingebrachte Vorschlag »Wolfgang Borchert Haus« als Mahnung gegen Faschismus und Krieg in einem Stadtteil, der von den Verwüstungen des Zweiten Weltkriegs stark gezeichnet wurde, kam zwar in





Der geplante Standort

die engere Auswahl, den ersten Preis erhielt dann aber der Vorschlag »Horner Freiheit«.

Wichtiger war an diesem Abend allerdings eine andere Information: Überraschend für anwesende BürgerInnen und insbesondere Bezirksabgeordnete der LINKEN wurde ein privater Investor, Dr. Andreas Feldhahn, Geschäftsführer der gallo dux GmbH, »aus dem Hut gezaubert«. Er soll das für das Stadtteilhaus auserkorene Grundstück (den Parkplatz Am Gojenboom) übertragen bekommen, um darauf – mit einem städtischen Baukostenzuschuss – das Gebäude zu errichten. Neben der Information, dass es ein Auswahlverfahren unter verschiedenen investitionsbereiten Betreibern gegeben hatte, irritierte der Umstand, dass das Stadtteilhaus als Public Private Partnership entstehen soll und dementsprechend nicht gemeinnützig, sondern gewinnorientierte Interessen bei der Unterhaltung maßgebend sein werden. Die Tatsache, dass der Investor es auf der Veranstaltung offenherzig auch als »ein Stück weit Altersversorgung« deklarierte, wird viele von Altersarmut bedrohte BürgerInnen des Stadtteils besonders freuen.

Den Überraschungseffekt wiederum bestreitet die Verwaltung auf eine Kleine Anfrage vom 18. Juli 2011: Man habe seit Jahren eine umfassende Informationspolitik praktiziert. Andererseits wird zugegeben: Bei dem neu entwickelten Modell des Stadtteilhauses Horn handele es sich um ein Pilotprojekt. Derzeit gebe es keine Beispiele mit identischen Rahmenbedingungen und Lösungen. Das Stadtteilhaus werde im Sinne eines Community Centers (CC) entwickelt. Hierzu seien mehrere bestehende CC in Hamburg analysiert worden. Mit dem für das Stadtteilhaus Horn vorgesehenen Modell sollen »erfolgreiche bzw. erfolgversprechende Ansätze übernehmen

und zugleich die Erprobung einer neuen Variante ermöglicht werden«. Eine »vielversprechende« Auskunft: Soll in Zukunft noch mehr städtischer Besitz für Stadtteilzentren verhökert werden, in denen die Stadt dann nur mehr Mieterin und vom Wohl und Wehe privater Investoren abhängig ist?

Nun hätten diese Zusammenhänge sicherlich im Stadtteil und den Fraktionen ausführlich präsentiert werden können. Schließlich lebt ein Stadtteilzentrum von der Akzeptanz durch die BewohnerInnen. Offenkundig ist jedoch die »Information« so geschickt erfolgt, dass zumindest den Mitgliedern der Fraktion DIE LINKE die äußerst problematischen Rahmenbedingungen bis dahin entgangen sind. Dabei verfestigt sich der Eindruck, dass im Zuge der durchaus wort- und bildreichen Öffentlichkeitsarbeit im Entwicklungsraum Billstedt-Horn das Thema bewusst verschleiert wurde. Auch auf der Homepage zum Stadtteilhaus, im Einladungsflyer zum Namenswettbewerb und in der Stadt(teil-)presse sind bislang keine Informationen zur Investorkonstruktion und zur Veräußerung des Grundstücks zu finden.

Laut Auskunft der Verwaltung wurde die Entscheidung durch das Bezirksamt Mitte getroffen und im Lenkungskreis Billstedt-Horn »unter Beteiligung der kommunalpolitischen Vertreter« am 11. November 2010 erörtert. Das vorgestellte Modell sei dort einvernehmlich begrüßt worden. Entscheidende Gründe für die Wahl des Investors (für die, wie nebenbei gesagt wird, ein formelles Ausschreibungsverfahren nicht für nötig befunden wurde) seien sein großes thematisches Interesse, sein Engagement und seine Flexibilität sowie seine Erfahrungen mit gemeinbedarfsorientierten Projekten gewesen. Bei der Realisierung werde auf hohe ökologisch-ökonomische Standards Wert gelegt. Insbesondere überzeuge die



professionelle wirtschaftliche Betrachtung (die den Werterhalt des Gebäudes sichere) im Einklang mit dem sozialen Engagement. Neben vielfältigen Neubauvorhaben vermiete der Investor unter anderem an Das Rauhe Haus und die Ev. Stiftung Alsterdorf. Die Erfahrungen seien durchweg positiv. Das ist ja wirklich großartig, dass es noch solche Investoren gibt!

Jedenfalls ist sich das Bezirksamt sicher, eine mustergültige BürgerInnenbeteiligung vorangetrieben zu haben. Regelmäßig seit dem Winter 2007 finde eine Arbeitsgruppe mit Vertretern der zukünftigen Nutzer des Stadtteilhauses statt. Nach derzeitigem Stand sollen zwölf Einrichtungen darin tätig werden: Arbeit und Leben DGB/VHS Hamburg e.V., Arbeiterwohlfahrt LV Hamburg e.V. mit Seniorentreff und Beratungsstelle, AQtivus gGmbH, Bezirksamt HH-Mitte: Mütterberatung, Beschäftigung + Bildung e.V., Bücherhallen Hamburg, Evangelisch-lutherische Kirchengemeinde Horn, Geschichtswerkstatt Horn e.V., Hamburger Volkshochschule, Stiftung Das Rauhe Haus, Stadtteilverein Horn e.V., verikom – Verbund für Interkulturelle Kommunikation und Bildung e.V.

Im öffentlich tagenden Forumsbeirat Billstedt-Horn und im Lenkungskreis Billstedt-Horn werde kontinuierlich über das Stadtteilhaus Horn informiert, auch auf dem jährlichen Stadtteilstoff gebe es Informationen. Im Fachausschuss für Wohnen und Stadtteilentwicklung der Bezirksversammlung Hamburg-Mitte werde zum Projekt und Verfahrensstand ebenfalls durch das Bezirksamt berichtet. Wie diese Form der Beteiligung genau aussieht, muss allerdings weiter unter die Lupe genommen werden, wenn entscheidende Inhalte dabei unklar bleiben.

Im Übrigen habe die Kommission für Bodenordnung auch unter Einbindung der bezirklichen Vertreter am 10. März 2011 dem geplanten Verkauf des Grundstücks an die gallo dux GmbH + Co KG zugestimmt. Die Crux dabei: In diese Kommission werden von der Bezirksversammlung nur zwei Vertreter (ein Haupt- und ein Stellvertreter, DIE LINKE ist nicht vertreten) gewählt, über deren Tätigkeit wird in der Bezirksversammlung nicht berichtet.

Der entsprechende Kaufvertrag liege im Entwurf vor. Dem Bauvorhaben sei in der bezirklichen Baukommission und in der Baukommission der zuständigen Behörde zwischenzeitlich zugestimmt worden, die Baugenehmigung werde durch das zuständige Bezirksamt in Kürze erteilt.

Was das ganze Projekt letztlich die Stadt kosten wird, steht allerdings noch in den Sternen: In Aussicht genommen sei eine Förderung »des investiven Teils« aus Mitteln der Integrierten Stadtteilentwicklung. Die Startphase des Betriebs soll als Modellvorhaben im Rahmen des Programms »Die soziale Stadt« aus Fördermitteln des Bundes anteilig finanziert werden. Hinsichtlich weiterer Finanzierungspartner und des Umfangs von Finanzierungsbeiträgen bestehe noch Klärungsbedarf. Dafür wurden vor allem die Horner BürgerInnen bereits zu fleißigem (auch finanziellem) Engagement für das Haus aufgerufen – in einem Stadtteil mit unterdurchschnittlichen Einkommen ein erfolversprechender Ansatz!

Da beruhigt es auch nicht, wenn verkündet wird, dass das Nutzungskonzept zwischen den Nutzungsinteressenten und dem zuständigen Bezirksamt abgestimmt und die Zweckbestimmungen sowie die gewünschte Mindestlaufzeit für das Stadtteilhaus fixiert worden sein sollen – der entsprechende Vertrag ist jedenfalls noch nicht unterschrieben. So soll die gallo dux GmbH + Co KG das Stadtteilhaus gemäß den Bestimmungen des Zuwendungsbescheids errichten und für mindestens 20 Jahre ab Fertigstellung zu günstigen Konditionen vermieten. Die Höhe der möglichen Förderung werde sich unter anderem an der Wirtschaftlichkeitsberechnung orientieren, die noch nicht vorliegt. Mit einem Zuwendungsantrag wird im Laufe des August 2011 gerechnet, die Fertigstellung des Stadtteilhauses ist für Ende des ersten Quartals 2013 geplant.

Vorher gibt es jedenfalls noch viele Fragen zu klären, damit die »Horner Freiheit« die BürgerInnen nicht teuer zu stehen kommt und sie ihnen – nach jahrzehntelangen Verstrickungen – mehr als 20 Jahre zur Verfügung steht!

## VSA: Ahoj Savoy – Stadtteil-Solidarität

Michael Töteberg (Hrsg.)  
**Ahoj Savoy! Kino in St. Georg – für das ganze Hamburg**

Mit Beiträgen von Fatih Akin, Horst Königstein, Peggy Parnass, Michael Töteberg, Martin Aust, Rita Baukowitz und David Kleingers sowie weiteren Solidaritätsbekundungen

72 Seiten, davon 24 in Farbe |

€ 5.00 (billiger als eine Kinokarte)

ISBN 978-3-89965-474-5

Zurück aus der Kinogeschichte in die Gegenwart: Das Metropolis hat den lange zweckentfremdeten Filmopalast am Steindamm wieder zum Leben erweckt. In der Hamburger Kulturlandschaft, wo das Kinosterben grassiert, ist es unverzichtbar: Das Savoy muss eine Zukunft haben!

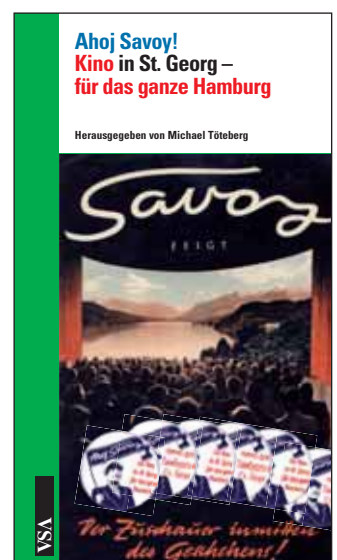
»Das traumschöne Savoy eröffnete 1957 als Haus mit Hamburgs größter Leinwand. Hier wird – nach mehr als 50 Jahren – wieder großes Kino für Traum-

verlorene und Realisten gezeigt.« (Horst Königstein)

»Nicht nur St. Georg hat das Savoy nötig, sondern die ganze Stadt.« (Fatih Akin)

»Kino? Ja, Kino! Wir wollen das Metropolis im Savoy!« (Peggy Parnass)

Im Buchhandel oder bei  
VSA: St. Georgs Kirchhof 6  
20099 Hamburg  
[www.vsa-verlag.de](http://www.vsa-verlag.de)



## Kultur: Kahlschlag am Steindamm?



Demo mit Tuten & Blasen am 14. April 2011 auf dem Steindamm

Kulturalarm in St. Georg: Entgegen anderslautender Pressemeldungen ist der Fortbestand des Savoy-Kinos am Steindamm keineswegs gesichert und auch das Polittbüro auf der gegenüberliegenden Straßenseite ist ernstlich bedroht.

Zur Erinnerung: Die einstige Kinomeile am Steindamm war mausetot, das großzügige Foyer des ehemaligen Filmpalast SAVOY zum Schnäppchenmarkt degradiert, der elegante Kinosaal als Lagerraum missbraucht. Dann fand vor drei Jahren das Kommunale Kino METROPOLIS hier ein vorübergehendes Domizil und zeigte, wie man Kino auch machen kann: in Kooperation mit Stadtteilinitiativen, Religionsgemeinschaften, Vereinen und Verbänden, mit den Menschen in St. Georg. Kino, das den interkulturellen Dialog fördert und sozialpolitische Debatten anstößt. Um sicherzustellen, dass dies auch nach der Rückkehr des METROPOLIS an seine alten Spielstätte in der Dammtorstraße weitergeführt werden kann, gründete sich die Initiative Ahoj Savoy. Deren Initiatoren mobilisierten die Solidarität von Filmschaffenden und anderen Hamburger BürgerInnen, informierten mit einem Büchlein über die Geschichte des Kinos (siehe die Info auf der Vorderseite), nach dessen Präsentation eine Demonstration im Stadtteil stattfand, und entwickelten zahllose Ideen zur Weiterführung in der Trägerschaft der Kinemathek Hamburg.

Stadt und Bezirk stellten die finanzielle Absicherung des Projekts in Aussicht, die ein Vertreter des Bezirks Mitte gar im Fernsehsender Hamburg 1 verkündete. Jetzt, wo es konkret wird und um den Abschluss eines neuen Mietvertrags geht, schiebt allerdings die eine Behörde (BSU) den schwarzen Peter zur nächsten (Kulturbehörde) und dem Kino droht erneut das Aus.

Mittlerweile ist auch das Kabaretttheater Polittbüro, einer der profiliertesten Hamburger Kleinkunsthöfen, in seiner Existenz bedroht. Lisa Politt und Gunther Schmidt haben jahrelang durch die Doppelbelastung als Kabarettisten (die Honorare für Auftritte im gesamten Land wurden ins Polittbüro gesteckt) und als Theaterchefs das Projekt am Leben gehalten und, um Kosten zu sparen, Management, Verträge, Technik und Gastronomie selbst organisiert. Dies sei so und ohne finanzielle Unterstützung der Stadt nicht mehr zu ertragen.

Einem Kultur-Kahlschlag in St. Georg muss entschieden entgegengetreten werden. Peggy Parnass schrieb in dem Büchlein vorausschauend: »Es wird Geld benötigt, keine Wahnsinnssumme, nicht wie für das Tamm-Museum oder die Elbphilharmonie. Für das Savoy und auch für das unverzichtbare Polittbüro lohnt es sich, wenn nötig, auf die Straße zu gehen.« Wir sind erneut dabei!

Mit diesem BürgerInnenbrief informieren wir in der Regel 14-täglich über das Parlamentsgeschehen sowie die politischen Auseinandersetzungen in der Stadt, den Bezirken und unseren Arbeitsgebieten. Wenn Sie diesen BürgerInnenbrief per E-Mail beziehen oder nicht mehr erhalten möchten, schreiben Sie eine kurze Mail an: [joachim.bischoff@linksfraktion-hamburg.de](mailto:joachim.bischoff@linksfraktion-hamburg.de) oder [heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de](mailto:heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de).

Und: Sprechen Sie uns an, wenn Sie unsere Arbeit als Abgeordnete in der Hamburgischen Bürgerschaft durch Kritik und nützliche Informationen begleiten wollen. Kontakt: Abgeordnetenbüro Buceriusstr. 2, 20095 Hamburg.